

Wahlprogramm Lahn-Dill-Kreis

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42

Für uns ist klar: Der Lahn-Dill-Kreis braucht eine sozial gerechte und nachhaltige Politik, die sich dem reaktionären Zeitgeist konsequent entgegenstellt.

Wir verstehen uns als einzige sozial-ökologische Partei, die als Bindeglied zwischen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen oder Bürger*inneninitiativen und Parlament wirkt und denjenigen eine Stimme im Parlament gibt, die sonst nicht gehört werden. Der Grundsatz der Hessischen Verfassung, wonach die Wirtschaft dem Wohle der Bevölkerung zu dienen hat, ist für uns hierbei die Richtschnur unseres Handelns.

Wir stehen für mehr demokratische Beteiligung aller hier lebenden Menschen, unabhängig von Herkunft, Pass oder Hautfarbe. Ausgrenzung und Diskriminierung entgegnen wir auf allen Ebenen mit größter Entschlossenheit. Wir stehen für einen Klima- und Umweltschutz, der seinen Namen wirklich verdient.

Seit der letzten Kommunalwahl im März 2021 ist lokal und global einiges passiert: Wir hatten über zwei Jahre mit einer Pandemie zu kämpfen, Putin greift weiterhin die Ukraine an. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD gibt über Hunderte von Milliarden Euro für Sonderprogramme aus, lässt aber die Kommunen trotz der Übertragung erweiterter Aufgaben weitestgehend auf ihren Kosten sitzen. Aber auch in unserem Landkreis gab es einschneidende Änderungen. Der bisherige Landrat Wolfgang Schuster (SPD) ging in den Ruhestand und die hiesige Sozialdemokratie ergab sich, um wenigstens noch ein bisschen im Lahn-Dill-Kreis mitregieren zu können, als Juniorpartner der CDU in die neue Kreiskoalition. Das Thema Gesundheit wurde insbesondere in den letzten Jahren davon geprägt, ob und welche Bereiche der Gesundheitsversorgung und die Kliniken in Dillenburg, Braunfels und Wetzlar erhalten bleiben sollen. So wurde die Geburtshilfe in Dillenburg, gegen erbitterten Widerstand geschlossen und für die Klinik in Braunfels stehen auch gravierende Änderungen an. Für uns Grund genug, sich auch weiterhin für eine sozial und ökologisch gerechte Politik einzusetzen!

Wir stehen für eine Politik, in der sich Krankenhäuser oder Pflegeheime um Menschen und nicht um Profite kümmern können. Und für eine Politik, die den ländlichen Raum infrastrukturell – vom ÖPNV über den Dorfladen bis hin zum schnellen Internet – attraktiv und lebenswert gestaltet. Das alles ist keine Utopie, sondern machbar.

Bist Du dabei?

43 MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT VOR ORT

44 Derzeit erleben wir eine verstärkte Hetze gegen Bürgergeldempfänger*innen.
45 Dabei sind dies oft Arbeitnehmer*innen und Selbstständige, die unverschuldet
46 krank oder arbeitslos geworden sind oder ihr Gehalt aufstocken müssen, weil sie
47 zu wenig verdienen.

48 Wir nutzen jeden Handlungsspielraum im Landkreis, etwa im Bereich der
49 Jobcenter, um den Folgen dieser Armutsgesetzgebung entgegenzutreten und
50 eine sanktionsfreie Praxis zu erzielen. Ebenso fordern wir gesellschaftliche
51 Teilhabe für Asylsuchende, die mit der Bezahlkarte nicht möglich ist. Die
52 Bezahlkarte ist eine Schikanemaßnahme mit hohem Verwaltungsaufwand, fördert
53 ungerechtfertigte Ungleichbehandlung und stellt Asylsuchende unter
54 Generalverdacht.

55 Wir sagen ganz klar „Nein!“ zur Bezahlkarte.

56

57 Die soziale Spaltung, die sich aus der immer weiter öffnenden Schere zwischen
58 Arm und Reich ergibt, kann nicht in einer einzelnen Kommune aufgehoben
59 werden, aber es gibt Möglichkeiten, die Situation der finanziell Benachteiligten zu
60 verbessern und ihnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu
61 ermöglichen. Vielfach handelt es sich dabei auch um alleinerziehende Frauen, die
62 wegen der Kinderbetreuung nur zeitlich eingeschränkt arbeiten können. Dem
63 treten wir mit Nachdruck entgegen!

64 In den Städten und Gemeinden stehen wir für die Einführung eines Sozialpasses,
65 der erwerbslosen und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den
66 öffentlichen Einrichtungen gewährt. Versorgungsbetriebe sollen mit Hilfe von
67 Sozialtarifen eine soziale Preisgestaltung einführen.

68

69 Deshalb fordern wir im Kreis:

70 ► Auf alle diskriminierenden Sanktionsmaßnahmen im Bürgergeld-Bereich zu
71 verzichten

72 ► Mehr Förder- und Wiedereingliederungsprogramme bereitzustellen

73 ► Die Kostenübernahme für die Unterkunft, orientiert am Mietpreisspiegel der
74 Gemeinde

75 ► Die Aufhebung der Bargeldbeschränkung bei der Bezahlkarte

76 ► Strom- und Gassperren abzuschaffen

77 ► Die Umwandlung von 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige
78 Arbeitsplätze

79 ► In allen Ausschreibungen zur Auftragsvergabe Tarif- bzw. Mindestlohn

80 ► Den Aufbau von kreisweiten aufsuchenden Beratungen für ältere Menschen,
81 die zu Hause leben.

82 ► Dass Jugendämter personell aufgestockt werden

83 ► Den Aufbau von Unterbringungskapazitäten für Inobhutnahmen durch das
84 Jugendamt — aktuell gibt es keinen einzigen Unterbringungsplatz im LDK

85

86

87 **In den Gemeinden wollen wir:**

88 ▶ Die Förderung von altengerechtem, behindertengerechtem und
89 generationsübergreifendem Wohnen

90 ▶ Die Ausgestaltung konkreter Hilfsangebote für Menschen ohne Obdach, z.B.
91 mehr Vorhaltung von Wohnraum, Kältebus, etc.

92 ▶ Die Einführung von Sozialpässen

93 ▶ Den Aufbau, Ausbau und die Unterhaltung von kostenfreien Treffpunkten für
94 Jugendliche, Senior*innen, Menschen mit Behinderung, Migrant*innen, etc.

95

96

97 **Soziale Wohnungspolitik**

98 Auch im Lahn-Dill-Kreis existiert ein Mangel an bedarfsgerechtem und
99 bezahlbarem Wohnraum. Besonders in den ländlichen Gemeinden gibt es kaum
100 bezahlbaren Wohnraum für Singles, kinderlose Paare, Menschen mit Behinderung
101 und Bezieher*innen von Sozialleistungen. Deshalb wird sich Die Linke weiter dafür
102 einsetzen, dass sich der Kreis gemeinsam mit den Städten und Gemeinden um die
103 Schaffung von ausreichend bezahlbarem, bedarfsgerechtem Wohnraum kümmert
104 und dies nicht allein dem Markt überlässt. Wir schlagen vor, dass der Kreis eine
105 eigene Wohnungsbaugesellschaft gründet, an der sich die Städte und Gemeinden
106 beteiligen sollten, um mehr bezahlbares Wohnen zu ermöglichen. Für Die Linke ist
107 Wohnen ein Grundrecht und gehört somit zur Daseinsvorsorge.

108

109 **Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass kreisweit für alle Städte und Gemeinden:**

110 ▶ Ein Mietspiegel erstellt wird

111 ▶ Kommunaler Wohnungsbau durch Wohnungsbaugesellschaften und
112 Wohnungsbaugenossenschaften gefördert wird

113 ▶ Bauland öffentlichen Wohnungsbaunehmen und Genossenschaften zur
114 Errichtung von Sozialwohnungen zur Verfügung steht

115 ▶ Bei neuen Baugebieten mindestens 30 % für den sozialen Wohnungsbau
116 reserviert werden

117 ▶ Leerstand von Wohnungen zu Spekulationszwecken unterbunden wird

118 ▶ Grundstücke überwiegend in Erbbaurecht abgegeben werden

119 ▶ Wohnungsbau mit langer Sozialbindung geschaffen wird

120

121

122

123

124

125

126

127 FRÜHKINDLICHE UND SCHULISCHE BILDUNG

128 Frühkindliche Bildung fängt bereits in jungen Jahren an. Deshalb muss eine
129 krisen- und katastrophenunabhängige Bereitstellung von Fachpersonal, Plätzen
130 und Kindertagesstätten eine wichtige Aufgabe des kommunalen Handelns sein.
131 Eine bessere Bezahlung von Erzieher*innen in den Städten und Gemeinden muss
132 zudem gewährleistet werden.

133 Die Linke steht für individuelle Förderung statt Auslese im Schulsystem. Wo
134 Entscheidungen auf kommunaler Ebene getroffen werden können, wird sich Die
135 Linke für jeden Schritt einsetzen, der das mehrgliedrige Schulsystem durch
136 integrative Gemeinschaftsschulen ersetzt. Diese sind personell, räumlich und
137 sachlich so auszustatten, dass an ihnen inklusiver Unterricht stattfinden kann. Das
138 heißt auch, dass der Bildungsabschluss nicht mehr von den finanziellen
139 Möglichkeiten der Eltern abhängen darf. Wir fordern Ganztagschulen, die zu
140 einer individuellen Förderung der Kinder in der Lage sind. Kostenloses, in
141 öffentlichen Küchen gekochtes Essen aus nachhaltigem und regionalem Anbau
142 muss zum Standard jeder Bildungsstätte gehören.

143 Musikschulen und Veranstaltungen dürfen kein Luxus für wohlhabende
144 Bürger*innen sein. Kulturelle Angebote gehören grundlegend zur
145 Lebensentfaltung aller, und deshalb müssen Städte und Gemeinden die kulturelle
146 Arbeit weiterhin verstärkt fördern.

147

148 Für die frühkindliche Bildung fordert Die Linke in den Gemeinden:

- 149 ► Zügiger Ausbau der Kindertageseinrichtungen mit kostenlosen Plätzen
- 150 ► Kitas i. d. R. zu Ganztagsstätten zu erweitern
- 151 ► Eine stärkere Förderung und Qualifizierung des pädagogischen Fachpersonals
- 152 ► Maximal drei Kinder bis drei Jahre oder maximal acht Kinder ab drei Jahren
153 eine Betreuungsperson zur Verfügung steht
- 154 ► Dass Einrichtungen mit genügend Sachmitteln ausgestattet werden
- 155 ► 24-Stunden-Kitas in angemessener Entfernung

156

157 Der Lahn-Dill-Kreis hat in den vergangenen Jahren sehr viel Geld in seine Schulen
158 investiert. Zahlreiche Neubauten und Sanierungen konnten durchgeführt werden
159 und den Investitionsstau etwas verringern. Gleichwohl muss sichergestellt
160 werden, dass diese auch weiterhin notwendigen Investitionen angesichts der
161 angespannten Haushaltslage nicht dem öffentlichen Sparzwang zum Opfer fallen.

162

163

164

165

166

167

168 Für das Schulsystem fordern wir:

169 ► Erhalt aller Schulstandorte des Landkreises. Darüber hinaus sollen
170 bedarfsgerechte Erweiterungen vorgenommen werden

171 ► Barrieren, die eine inklusive Beschulung behindern, müssen beseitigt werden

172 ► Flächendeckende Ausstattung mit Computern und Breitband-
173 Internetanschlüssen für Schulen

174 ► Ausstattung der Schulen und aller Schüler*innen mit den erforderlichen
175 Geräten für den digitalen Unterricht

176 ► Schaffung geeigneter Räumlichkeiten und Beendigung von Unterricht in
177 Containern

178 ► Beteiligung der Schulen an Projekten, z. B. „Schule ohne Rassismus – Schule
179 mit Courage“ zu fördern

180 ► Schulen und Berufsbildungsmessen sind kein Ort für Lobbyisten und erst recht
181 kein Rekrutierungsfeld

182 ► Stärkere Unterstützung der Schulen bei Durchführung von Schwimmunterricht,
183 sowie Sicherstellung eines flächendeckenden Angebots an Schulschwimmen

184 ► Den Bau eines dritten Förderschulstandortes im LDK

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204 GESUNDHEITSVERSORGUNG

205 Schon heute lässt sich in einigen ländlichen Gebieten eine deutliche
206 Unterversorgung bei Haus- und Fachärzten sowie Krankenhäusern feststellen.
207 Dieser Trend gefährdet im wahrsten Sinne des Wortes Leben.

208 Die Tatsache, dass viele Krankenhäuser heute profitorientierte Unternehmen sind,
209 verschärft die Lage zusätzlich. Privatisierungen haben gezeigt, dass sie die
210 Leistungen für die Menschen vor Ort reduzieren und zugleich die
211 Arbeitsbedingungen und Entlohnung der dort Beschäftigten verschlechtern. Daher
212 ist es besonders wichtig, die Kliniken im Lahn-Dill-Kreis durch finanzielle
213 Förderungen bei Investitionen zu unterstützen und alle drei Standorte zu erhalten.
214 Um auch eine flächendeckende medizinische Versorgung in ländlichen Gebieten
215 zu erreichen, setzen wir uns für die Gründung und Unterstützung von
216 kommunalen medizinischen Versorgungszentren (MVZ) ein.

217 Die Wertschätzung des Personals, das eine sehr wichtige Arbeit für uns alle
218 leistet, muss sich auch in der Bezahlung niederschlagen. Für Die Linke ist klar: Im
219 Gesundheitswesen darf nicht der Gewinn, sondern muss der Mensch im
220 Mittelpunkt stehen. Die Gesundheitsversorgung im Lahn-Dill-Kreis wurde durch
221 den Wegfall der Geburtsstation in Dillenburg Ende 2022, und die im Raum
222 stehende Schließung der Klinik in Braunfels massiv verschlechtert. Der Landrat
223 führte fadenscheinige Gründe wie Personalmangel für diese Schritte an.
224 Gleichzeitig wurde nur halbherzig nach geeignetem Personal gesucht; dringend
225 benötigte Fachärzt*innen mussten z. B. über Monate auf Vorstellungsgespräche
226 warten und wurden reihenweise abgewiesen. Mitarbeiter*innen klagen zudem
227 über schlechte Arbeitsbedingungen und respektloses Verhalten der Klinikleitung.
228 Wir fordern daher eine Neubesetzung der Geschäftsführerposten der Lahn-Dill-
229 Kliniken.

230

231

232

233

234

235

236

237

238

239

240

241

242

- 243 **Deshalb fordern wir:**
- 244 ▶ Privatisierungen im Gesundheitsbereich sind strikt abzulehnen. Wo es möglich
- 245 ist streben wir eine Rekommunalisierung an
- 246 ▶ Eine Umfrage zur Mitarbeiterzufriedenheit- und Belastung an den Lahn- Dill
- 247 Kliniken
- 248 ▶ Die Ausweitung erfolgreicher Projekte, wie des Gesundheitszentrum
- 249 Breitscheid, als Vorbild für den gesamten Landkreis
- 250 ▶ Keine Schließung von Krankenhäusern
- 251 ▶ Eine Sicherung und Bestandsgarantie für die Klinikstandorte Dillenburg und
- 252 Braunsfels
- 253 ▶ Eine vorausschauende und verantwortungsvolle Personalplanung im
- 254 Gesundheitswesen im LDK und in den Lahn-Dill-Kliniken
- 255 ▶ Förderung von Investitionen zum Erhalt und Ausbau von Krankenhäusern
- 256 ▶ Schaffung von Anreizen, damit sich Ärzt*innen sorgenfreier im ländlichen Raum
- 257 niederlassen bzw. Praxen übernehmen können
- 258 ▶ Alle Einrichtungen im Gesundheitswesen müssen barrierefrei zugänglich sein
- 259 ▶ Aufstockung der Ausbildungsplätze in allen Gesundheitsberufen, sowie eine
- 260 Überarbeitung der Zulassungsbeschränkungen für medizinisch relevante
- 261 Studiengänge durch die Landesregierung
- 262
- 263
- 264
- 265
- 266
- 267
- 268
- 269
- 270
- 271
- 272
- 273
- 274
- 275
- 276
- 277
- 278
- 279

280 SOZIALÖKOLOGISCHER UMBAU, NATUR- UND TIERSCHUTZ

281 Für uns hat die Umwelt Vorfahrt. Wir setzen uns dafür ein, dass Fußverkehr,
282 Radverkehr und der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) gestärkt werden.
283 Auch auf kommunaler Ebene können wir die Augen vor dem Klimawandel nicht
284 verschließen. Wir stehen dort an der Seite von Organisationen, Bewegungen und
285 Initiativen im Natur- und Umweltschutz, deren Expertise wir für eine
286 verantwortungsvolle und zukunftsorientierte kommunale Umweltpolitik für
287 unerlässlich halten.

288

289 **Dazu wollen wir in den Kommunen:**

290 ▶ Öffentliche Auftragsvergabe stärker an Umwelt- und Sozialverträglichkeit
291 koppeln

292 ▶ Erhöhung der freiwilligen Leistungen für die Tierheime Dillenburg und Wetzlar.

293 ▶ Eine Abfrage des Materialbedarfs der THW-Verbände im LDK

294 ▶ Erarbeitung eines Konzepts für eine langfristige Wasserstrategie angesichts
295 sinkender Grundwasserspiegel

296 ▶ Wiedereinführen der Jagdsteuer, die 2025 von der Kreiskoalition aus CDU und
297 SPD abgeschafft wurde

298 ▶ Bessere personelle und materielle Ausstattung des Veterinäramtes

299 ▶ Erhöhung der Fundtierpauschale auf 1,50 Euro pro Einwohner*in zur Sicherung
300 der Finanzierung der Tierheime

301 ▶ Wildtierverschlag sowie generelles Tierverschlag in Zirkussen umsetzen

302 ▶ Einführung einer Kastrationspflicht für Katzen

303 ▶ Anlegen von Nisthilfen und Wildblumenwiesen

304 ▶ Mehr Baumpflanzungen entlang der Hauptverkehrsachsen – Parkanlagen statt
305 Parkplätze!

306 ▶ Urban Gardening: Anpflanzung von Nutzpflanzen im Stadtbereich und Pflege
307 durch Patenschaften

308 ▶ Silvesterfeuerwerke sind nur auf eigens dafür vorgesehenen Flächen in den
309 Städten und Gemeinden zuzulassen.

310

311

312

313

314

315

316

317

318

319

320 **SOZIALÖKOLOGISCHE VERKEHRSPOLITIK**

321 Die Linke steht für einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs aus
322 ökologischen und sozialen Gründen. Die bestehenden öffentlichen
323 Nahverkehrsmittel müssen gefördert und neue Konzepte öffentlicher Mobilität
324 entwickelt werden. Grundsätzlich ist dem öffentlichen Personennahverkehr
325 Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr einzuräumen.

326 Die ÖPNV-Preisgestaltung muss sozialen Kriterien Rechnung tragen.
327 Insbesondere ärmere Menschen sind in ihrer Mobilität eingeschränkt, wenn in den
328 Städten die Fahrpreise nicht bezahlbar oder im ländlichen Bereich die öffentlichen
329 Nahverkehrssysteme gar nur unzureichend vorhanden sind. Die Linke strebt beim
330 RMV perspektivisch einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr an – zahlreiche
331 Städte und Regionen im In- und Ausland zeigen bereits heute, dass dies keine
332 Utopie ist. Dies gilt sowohl für die Kreis- als auch für die kommunale Ebene. Im
333 Rahmen einer nachhaltigen Mobilitätsstrategie fordern wir im Landkreis integrierte
334 Verkehrskonzepte (intermodale Mobilität), Car-Sharing-Programme und
335 Leihradssysteme und begleiten die Gemeinden aktiv bei der Umsetzung. Zugleich
336 muss der Ausbau eines flächendeckenden Radwegnetzes in Städten und im
337 ländlichen Raum vorangetrieben werden.

338

339

340

341

342

343

344

345

346

347

348

349

350

351

352

353

354

355

356 **Deshalb fordern wir:**

357 ▶ Verlässlichen und enger getakteten öffentlichen Personennahverkehr,
358 besonders in ländlichen Gemeinden – auch an Wochenenden

359 ▶ Ausweitung des ÖPNV-Netzwerks mit Direktverbindungen zwischen den
360 Städten und Gemeinden

361 ▶ Regional-Express-Linie von Gießen über Wetzlar, Herborn, Haiger und
362 Dillenburg bis nach Köln

363 ▶ Mittelfristig einen kostenfreien Personennahverkehr für alle

364 ▶ Kostenfreie Beförderung von allen Schüler*innen, Auszubildenden und
365 Studierenden

366 ▶ Kurzfristig die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Einführung von
367 Jobtickets und Deutschlandticket, bis ein kostenloser ÖPNV eingeführt ist

368 ▶ Keine Entwidmung der Bahntrassen von Dietzhölztal- und Solmsbachtalbahn,
369 damit eine Reaktivierung möglich bleibt

370 ▶ Auf- und Ausbau eines flächendeckenden Radwegenetzes in Städten und
371 Gemeinden

372 ▶ Autofreie Innenstädte

373 ▶ Abschaffung der Straßenbaubeiträge. Die Anliegerbeiträge werden der
374 Kommune vom Land Hessen komplett erstattet

375 ▶ Im Kreis und in den Kommunen wollen wir uns für einen möglichst
376 barrierefreien ÖPNV einsetzen

377 ▶ Neuordnung der Aufgabenträgerschaft für den öffentlichen
378 Personennahverkehr

379 ▶ Deutlich bessere Schienenpersonennahverkehrsverbindungen (SPNV)

380 ▶ Wir setzen uns für den Erhalt der IC-Verbindung von Frankfurt-Münster ein.

381 ▶ Die Freigabe der IC-Verbindung für das Deutschlandticket innerhalb Hessens
382 am Beispiel von NRW.

383

384

385 Bislang ist die Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV im Lahn-Dill-Kreis mit dem
386 Landkreis Limburg-Weilburg in der Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil (VLDW)
387 mbH organisiert. Der städtische Linienbusverkehr von Wetzlar wird in einer
388 eigenen lokalen Nahverkehrsorganisation durchgeführt.

389 Wir fordern die Auflösung der wirtschaftlich ausgerichteten VLDW. An ihrer Stelle
390 muss es einen gemeinsamen Zweckverband mit weitreichenden politischen
391 Gestaltungsmöglichkeiten von Lahn-Dill-Kreis und Stadt Wetzlar geben, welcher
392 einen gemeinsamen lokalen Nahverkehrsplan erstellt und fortschreibt. Des
393 Weiteren fordern wir eine enge Kooperation mit der Stadt und dem Landkreis
394 Gießen.

395 Wetzlar und Gießen bilden einen gemeinsamen urbanen Raum, welcher
396 verkehrstechnisch und infrastrukturell miteinander verflochten ist.

397 Wir unterstützen den Bau einer RegioTram nach Vorbild Karlsruhe, Kassel oder
398 Tübingen durch die Landkreise, Lahn-Dill, Gießen sowie Marburg und fordern

399 hierzu die genannten Gebietskörperschaften auf, sich interkommunal
400 zusammenzuschließen und die ersten Schritte einer Machbarkeitsstudie in
401 Auftrag zu geben. Für die Dietzhölztalbahn und die Solmsbachtalbahn sind
402 umsetzbare Machbarkeitsstudien zu erstellen, um eine Reaktivierung bzw. einen
403 Wiederaufbau zu ermöglichen. Eine durchgängige Verbindung Gießen-Wetzlar-
404 Albshausen-Kraftsolms-Brandobendorf-Grävenwiesbach-Usingen würde eine
405 direkte Verknüpfung mit der verlängerten S5, der S-Bahn Rhein-Main in Usingen
406 herstellen. Die Lahntalbahn ist auf kompletter Länge im Rahmen des
407 Bundesinvestitionsprogramms zu elektrifizieren. Alle Bahnsteige der Dillstrecke
408 und der Lahntalbahn sind in einem schrittweisen Konzept barrierefrei auszubauen.
409 Wir unterstützen die Forderung, alsbald eine durchgängige Regional-Express-Linie
410 von Gießen über Wetzlar, Herborn, Haiger und Dillenburg bis nach Köln
411 einzurichten.

412 Des Weiteren fordert Die Linke ein Gesamtkonzept für den barrierefreien Ausbau
413 aller Bushaltestellen im Lahn-Dill-Kreis. Nur wenn in Kooperation zwischen
414 Nahverkehrsorganisation, Kreis und Kommunen alle Haltestellen barrierefrei sind,
415 ist die gesetzlich vorgeschriebene Inklusion erfüllt.

416

417

418 ENERGIEPOLITIK

419 Energieversorgung, Wasserversorgung und Entsorgung sind öffentliche Aufgaben.
420 Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und dürfen nicht der Profitgier
421 privater Kapitaleigner unterworfen werden.

422 Viele Kommunen können ihre Strom- und Gasversorgung aus erneuerbaren
423 Energien, die Energiegewinnung im Zusammenhang mit der Abfallbehandlung und
424 ihre Wasserversorgung, lokal selbst organisieren und sich so von den großen
425 Energiemonopolisten unabhängig machen.

426

427 **Deshalb treten wir als Die Linke dafür ein:**

428 ► Die Ver- und Entsorgung wieder in Stadtwerken als kommunale Eigenbetriebe
429 zu betreiben. Diese sollen sozial gestaffelte Tarife zur Sicherung einer
430 bezahlbaren Energieversorgung für alle anbieten

431 ► Alle gemeinwirtschaftlichen und regionalen Projekte zur regenerativen
432 Energieerzeugung, insbesondere durch Wind- oder Wasserkraft, zu unterstützen

433 ► Stromnetze wieder in den Besitz der Kommunen zu übergeben, um so lokal die
434 politischen Weichen für eine regional nachhaltige Energiepolitik zu legen

435 ► Möglichst alle neu geplanten Baugebiete mit einem Nah- oder Fernwärmenetz
436 auszustatten

437 ► Die Beratung zur Energieeinsparung und Energieeffizienz im Kreis und in den
438 Kommunen auszubauen

439 ► Erstellung eines Energieeffizienzplans für alle kommunalen Einrichtungen

440 ► Auf allen öffentlichen Gebäuden Solar- oder Photovoltaikanlagen zu montieren

441

442

443 JUGEND – ATTRAKTIVE KOMMUNEN FÜR JUNGE MENSCHEN

444 Der ländliche Raum, so auch der Lahn-Dill-Kreis, leidet unter einer massiven
445 Abwanderung junger Menschen in die Städte. Dieser Trend wird mittel- bis
446 langfristig die jeweiligen Gemeinden in große Nöte bringen, wenn aufgrund des
447 Wegzuges junger Menschen die Daseinsvorsorge und Infrastruktur nicht mehr im
448 nötigen Maße aufrechterhalten werden können. Deshalb müssen ländliche
449 Gebiete unverzüglich an Attraktivität gewinnen. Wir treten dafür ein, dass das
450 Wahlalter bei Kommunalwahlen per Landesgesetz auf 16 Jahre gesenkt wird.

451

452 Wir fordern hier für die Kommunen:

453 ► Sicherstellung der Teilhabemöglichkeit an Freizeit-, Kultur- und
454 Sportangeboten für alle Kinder und Jugendlichen

455 ► Sportplätze, Spielplätze, Schwimmbäder und Skateparks neu schaffen und
456 bestehende erhalten und ausbauen

457 ► Die geplante Jugendvertretung in ein Jugendparlament mit Antrags- und
458 Rederecht im Kreistag umzuwandeln und Schaffung eines Jugendfonds zur
459 Verwirklichung eigener Projekte.

460 ► Schaffung und Ausbau selbstverwalteter Jugendtreffs

461 ► Einrichtung des Jugendbildungswerkes beibehalten und Angebote ausbauen

462 ► Erweiterung des öffentlichen Personennahverkehrs am Wochenende und zur
463 Nachtzeit (Nachtbusse)

464 ► Keine Werbung für die Bundeswehr auf den kommunalen Werbeflächen oder in
465 Bussen des kommunalen ÖPNV-Betriebs

466

467

468

469

470

471

472

473

474

475

476

477

478

479

480 DIGITALISIERUNG UND VERWALTUNG für Kreis und Kommune

481 Die Digitalisierung schreitet unaufhaltsam in allen Bereichen voran.
482 Deutschland hat diese Entwicklung viel zu wenig gefördert. Das Ergebnis ist, dass
483 Deutschland heute bei der Glasfaserversorgung und der flächendeckenden
484 Mobilfunkversorgung (5G) weit zurückliegt. Diese Infrastruktur muss endlich zügig
485 ausgebaut werden. Um langfristig nicht gänzlich abgehängt zu werden, müssen
486 Bund und Länder in Zusammenarbeit mit den Kommunen schnell Maßnahmen
487 ergreifen und den Ausbau, insbesondere in den ländlichen Gemeinden, ggf. auf
488 eigene Kosten vorantreiben. Aus unserer Sicht ist Breitbandversorgung ein
489 Grundbedürfnis, egal in welchem Ort jemand wohnt.

490

491 **Wir fordern:**

492 ► Förderung des Ausbaus von Glasfaserkabeln und Mobilfunkversorgung (5G),
493 insbesondere in den ländlichen Gebieten

494 ► Auf- und Ausbau eines perspektivisch flächendeckenden, kostenfreien City-
495 WLAN-Netzes in allen Städten und Gemeinden

496 ► Ausstattung der Schulen mit Geräten und Breitbandversorgung um digitalen
497 Unterricht zum Standard zu machen

498 ► Fort- und Weiterbildung der kommunalen Beschäftigten im Bereich
499 Medienkompetenz

500

501 Eine gut funktionierende und mit Personal ausgestattete Verwaltung ist
502 Voraussetzung, um die ihr übertragenen Aufgaben sorgfältig und zeitnah zu
503 erfüllen. Wir wollen eine Verwaltung, die Anträge und Formulare auch digital zur
504 Selbstbearbeitung zur Verfügung stellt, ohne diese für die Bearbeitung
505 ausdrucken zu müssen. Wir möchten die IT-Abteilung des Landkreises zu einem
506 Kompetenz-Center erweitern, welches die Verwaltung und die
507 Schulen angemessen unterstützt. Die Linke unterstützt Gewerkschaften dabei
508 eine Entlohnung für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu erreichen, die
509 einen angemessenen Lebensstandard sichert. Dabei sind die überproportionalen
510 Anhebungen der unteren Entgeltgruppen sowie eine Verbesserung der
511 Zusatzversorgung für alle Beschäftigten von besonderer Bedeutung.
512 Wir wenden uns gegen ein weiteres Outsourcing öffentlicher Aufgaben.
513 Vorhandene Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sind zu erhalten und
514 auszubauen. Auch wegen der zunehmenden Digitalisierung darf kein allgemeiner
515 Arbeitsplatzabbau stattfinden.

516

517

518

519

520

521

522 **Deshalb setzen wir uns ein für:**

523 ▶ Sicherstellung der Beschäftigung zur Gewährleistung der vorgesehenen
524 Aufgaben und Maßnahmen

525 ▶ Fortsetzung des Planes zur Förderung von Frauen in leitenden Funktionen in
526 den kommunalen Verwaltungen

527 ▶ Verstärkte Bereitstellung von Anträgen und Formularen in digitaler Form

528 ▶ Den Erhalt der Kommune und ihre Eigenbetriebe als Ausbildungsbetriebe

529 ▶ Bürokratieabbau durch konsequente Digitalisierung

530 ▶ Verpflichtende Awareness-Schulungen für alle Angestellten im öffentlichen
531 Dienst.

532 ▶ Den Ausbau des mobilen Arbeitens, damit der Landkreis als attraktiver
533 Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangeht.

534

535 **Inklusion**

536 Das Thema Inklusion betrifft uns alle. Für Die Linke ist klar: Alle baulichen,
537 technischen und anderen Barrieren müssen möglichst überall entfernt werden. Die
538 gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung muss vollumfänglich
539 ermöglicht werden - dies gilt auch für digitalen Angebote. Zudem braucht es mehr
540 Schulbegleitungen, Integrationskräfte und Fortbildungen in diesem Bereich. Die
541 Teilhabe muss von klein auf für alle ermöglicht werden, unabhängig davon, welche
542 Einschränkungen und/oder Schwierigkeiten die Menschen haben. Eltern,
543 Angehörige und Betroffene brauchen von Anfang an neutrale Aufklärungs- und
544 Hilfsangebote an einem zentralen Ort.

545

546 **Deshalb fordern wir auch für Städte und Gemeinden:**

547 ▶ Barrierefreie Webseiten der kommunalen Verwaltungen und seiner
548 Eigenbetriebe in „leichter Sprache“

549 ▶ Aufwertung des Behindertenbeirates des Lahn-Dill-Kreises (z.B.
550 Berichtsvorlage gegenüber dem Kreistag)

551 ▶ Aufbau und Erweiterung des Blindenleitsystems, Kennzeichnung von Stufen
552 und anderen Hindernissen mit Signalfarben sowie Ausstattung weiterer

553 Straßenüberquerungen mit akustischen Ampeln

554 ▶ Installation von Schildern mit Brailleschrift vor wichtigen Gebäuden, auf denen
555 die wichtigsten Daten des Gebäudes zu lesen sind

556 ▶ Alle Sitzungen, Sprechstunden und Veranstaltungen der Stadt müssen
557 barrierefrei zugänglich sein

558 ▶ Barrierefreie Gestaltung von Pflasterwegen

559 ▶ Alle Kitas sind zu inklusiven Einrichtungen umzuwandeln

560 ▶ Einrichtung von generationsübergreifenden Begegnungsstätten

561

562

563 Frauenpolitik

564 Frauen sind in kommunalen Gremien und Vorständen in der Minderheit. Damit
565 bestimmen meist Männer über die Belange von Frauen mit. Die Auswirkungen sind
566 unübersehbar:

567 Frauen leisten im Schnitt doppelt so viel unbezahlte Haus- und Fürsorgearbeit. Sie
568 arbeiten häufig im Niedriglohnbereich und gerade alleinerziehende Mütter sind
569 auch in unserem Landkreis armutsgefährdet. Von wirklicher Gleichstellung sind
570 wir im Lahn-Dill-Kreis immer noch weit entfernt.

571

572 Deshalb fordern wir:

573 ► Eine verbindliche Frauenquote für die Führungsetagen kommunaler Behörden
574 und Unternehmen

575 ► Mehr Plätze in Frauenhäusern und eine bessere Ausstattung dieser
576 Schutzräume

577 ► Ausreichende finanzielle Unterstützung für Frauenprojekte bzw. ein
578 selbstverwaltetes Frauenzentrum

579 ► Ausreichende Beleuchtung auf öffentlichen Parkplätzen und Wegen

580 ► Einführung von Frauentaxis in Form von Fahrtgutscheinen

581

582

583 Kultur- und Ehrenamt

584 Kultur ist ein facettenreicher Begriff. Die Linke steht für eine bunte, vielfältige
585 Kulturszene - dazu gehören auch Menschen aus unterschiedlichsten
586 Kulturkreisen. Für uns hat oberste Priorität, dass jeder Mensch unabhängig von
587 Einkommen, Herkunft oder anderen Faktoren an Kultur teilhaben kann. Der Lahn-
588 Dill-Kreis besitzt eine breiten Vereinskultur in den Städten und Gemeinden
589 erfreuen - darüber hinaus engagieren sich viele tausend Menschen ehrenamtlich
590 z. B. in Sportvereinen, den Freiwilligen Feuerwehren, dem THW oder bei den
591 Tafeln. Dieses Engagement ist das Rückgrat unserer Gesellschaft, und wir stehen
592 für dessen Anerkennung und Förderung.

593

594

595

596

597

598

599

600

601

602

- 603 **Wir fordern:**
604 ▶ Vergünstigten Zugang für Geringverdiener*innen zu kulturellen Einrichtungen
605 und Events
606 ▶ Aufwertung und Erhalt der Ausländerbeiräte
607 ▶ Bereitstellung von Mitteln und Schaffung notwendiger kultureller Freiräume
608 ▶ Entschlossener Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus und
609 Fremdenfeindlichkeit
610 ▶ Kostenfreie Fortbildungen für Beschäftigte in den Kommunalbehörden zu den
611 Themen Diskriminierung und Rassismusprävention
612 ▶ Deutlich höhere Förderung und organisatorische Unterstützung der freien
613 Kulturszene
614 ▶ Entschlossenes Eintreten für die Rechte queerer Menschen
615 ▶ Unterstützung kultureller Angebote, wie beispielsweise in Stadtbüchereien
616 ▶ Schaffung von soziokulturellen Treffpunkten

617
618

619 **ANTIFASCHISMUS - Konsequenz GEGEN RECHTS**

620 Antifaschismus und Antirassismus sind die Grundlage all unseres politischen
621 Handelns. Dem wachsenden Antisemitismus treten wir entschieden entgegen!
622 Wir zeigen klare Kante gegen jegliche Form der Ausgrenzung, der Diskriminierung
623 und des Abbaus von Grund- und Freiheitsrechten. Der Ausspruch "Nie wieder
624 Faschismus! Nie wieder Krieg" ist unsere tiefste innere Überzeugung.
625 Deshalb stehen wir an der Seite derer, die unter den Repressionen und Folgen des
626 zunehmenden Erstarkens rechtsextremer Tendenzen leiden. Wir werden zu jeder
627 Zeit und überall friedlichen, aber bestimmten Protest auf die Straße und in die
628 Parlamente tragen. Jüdisches Leben in Mittelhessen ist zunehmend bedroht. So
629 finden Gottesdienste und Veranstaltungen der Jüdischen Gemeinde in Gießen nur
630 noch unter massivem Polizeischutz statt. Darüber hinaus haben Jüdinnen und
631 Juden Angst als solche in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Für uns
632 als Linke ist klar: Antisemitismus hat keinen Platz in unserer Gesellschaft.

633
634
635
636
637
638
639
640
641
642

- 643 **Deshalb stehen wir für:**
644 ▶ Intensivierung des kommunalen Engagements gegen Rechts und
645 Unterstützung von zivilgesellschaftlicher Initiativen
646 ▶ Fortwährende Sensibilisierung aller Kommunalbeschäftigten im Bereich
647 Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit
648 ▶ Unterstützung des Demonstrationsrechts und entschiedenes Eintreten gegen
649 Polizeigewalt
650 ▶ Eine Null-Toleranz-Politik bei Bekanntwerden von rechtsextremen Tendenzen
651 in den Kommunalbehörden
652 ▶ Förderung von Städten und Gemeinden, die sich zum "sicheren Hafen" für
653 Geflüchtete erklären
654 ▶ Einen konsequenten Entzug der Waffenbesitzkarten für Reichsbürger*innen
655 und Neonazis
656

657 **FLÜCHTLINGSPOLITIK**

658 Menschen werden weiterhin als Flüchtlinge zu uns kommen, solange die
659 Fluchtursachen in ihrer Heimat weiter bestehen. Für Kriege und Bürgerkriege, für
660 Armut und Perspektivlosigkeit in den Herkunftsländern der Geflüchteten tragen
661 die Europäische Union und auch die Bundesrepublik eine große Mitverantwortung.
662 In ihrer gesellschaftlichen Verantwortung setzt sich Die Linke Lahn-Dill aktiv für
663 eine offene Willkommenskultur für Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten ein.
664 Wir treten rassistischen Vorurteilen und der Diskriminierung anderer Minderheiten
665 entschieden entgegen. Wir sehen die Aufnahme und die Integration der aus ihrer
666 Heimat vertriebenen Menschen als Chance, nicht nur bezogen auf eine
667 interkulturelle Bereicherung.
668 Die Linke Lahn-Dill tritt sowohl innerhalb als auch außerhalb der kommunalen
669 Gremien für die Belange der Asylsuchenden ein.
670

671 **Wir fordern:**

- 672 ▶ Vorhaltung ausreichender fester Unterkünfte und Wohnungen
673 ▶ Umfassende Gesundheitsversorgung aller Asylbewerber*innen
674 ▶ Schaffung und Ausbau von Begegnungsstätten mit Lehr- und
675 Beschäftigungsangeboten für Asylbewerber*innen und Anwohner*innen
676 ▶ Förderung von Gemeinden und Städten, die sich zum „sicheren Hafen“ für
677 Geflüchtete erklären
678 ▶ Schutz von Flüchtlingsunterkünften gegen fremdenfeindliche Übergriffe
679 ▶ Schutz von Flüchtlingen in Ausbildung und Schule
680 ▶ Akzeptanz des Kirchenasyls
681
682
683
684

685 **FINANZIERUNG**

686 Zahlreiche Aufgaben der Daseinsvorsorge dürfen nicht länger dem Markt
687 überlassen bleiben. Daher setzen wir uns für ein gerechtes Finanzierungssystem
688 durch Bund und Land ein, welches es auch in der Praxis ermöglicht, die
689 kommunale Selbstverwaltung mit Leben zu füllen.

690 Das rasante Wachstum von Vermögen der Reichen und Superreichen während der
691 Krisen zeigt, dass eine Vermögensabgabe und die Wiedereinführung einer
692 angemessenen Vermögenssteuer, besonders zur Finanzierung der kommunalen
693 Aufgaben notwendig, angemessen und gerecht sind!

694 Auch künftig, werden wir keinem einzigen kommunalen Projekt, das für die
695 Lebensbedürfnisse der Allgemeinheit sinnvoll und notwendig ist die Unterstützung
696 versagen.

697 Statt Kürzungsdiktaten müssen planungssichere Einnahmen, ein gerechtes
698 Steuersystem und auch notwendige Neuverschuldungen genutzt werden, um die
699 öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken. Die vom Bundestag beschlossenen
700 Sondervermögen für Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen müssen
701 vorwiegend den Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

702 Die Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs im Jahr 2016 war ein
703 Nullsummenspiel zulasten der hessischen Kommunen. In der Folge wurden
704 zunehmend die hessischen Bürger*innen durch Erhöhungen von Gebühren zur
705 Kasse gebeten. Aufgaben der Daseinsvorsorge werden einem Markt überlassen,
706 dessen Kriterium nicht das Wohl der Menschen, sondern die Profitinteressen des
707 Kapitals sind.

708 Bei einem gerechten Steuersystem, bei dem die Wohlhabenden entsprechend
709 ihrer Zahlungsfähigkeit zur Kasse gebeten würden, könnten die kommunalen
710 Aufgaben, die allen Bürger*innen zugutekommen, problemlos erfüllt werden.

711

712

713

714

715

716

717

718

719

720

721

722

723

724 Für eine bessere Kommunalfinanzierung fordern wir von Bund und Land:
725 ▶ Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer, in die
726 alle Gewerbetreibende gemäß ihrer Wirtschaftskraft einbezogen werden
727 ▶ Erhöhung kommunaler Investitionen aus Bundesmitteln
728 ▶ Abschaffung der Gewerbesteuerumlage an den Bund
729 ▶ Einen besseren und gerechten kommunalen Finanzausgleich
730
731 Wer aber das finanzielle Desaster der Kommunen fundamental beseitigen will,
732 muss auch die ungerechte Vermögensverteilung in Deutschland beenden,
733 während die Armut im Lande wächst und die öffentlichen Kassen ausgeplündert
734 werden! Auch auf kommunaler Ebene werden wir deutlich machen, dass
735 notwendige Investitionen in soziale Einrichtungen, Infrastruktur und in die Bildung
736 nicht an fehlendem Geld scheitern, sondern an einer Politik, für die das politische
737 Establishment verantwortlich ist.
738 Statt einer schädlichen Schuldenbremse, vermeintlichen Rettungsschirmen und
739 Kürzungsdiktaten müssen langfristig planungssichere Einnahmen für die
740 Kommunen sowie ein Steuerrecht, das die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt,
741 geschaffen werden.
742
743
744
745
746
747 **Wer eigene Ideen einbringen und unsere Forderungen unterstützen möchte, ist**
748 **bei uns herzlich willkommen!**